

**Öffentliche Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses  
am 11. März 2013**

**BESCHLÜSSE UND ZUSAGEN**

<b>1.</b>	<p><b>Annahme von Spenden; Genehmigung</b></p> <p><b><u>Beschluss (einstimmig):</u></b> Der Annahme der Spenden gemäß Anlage zur Sitzungsvorlage wird zugestimmt.</p>
<b>2.</b>	<p><b>Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche</b></p>
<b>2.1</b>	<p><b>Taxi-Streit zwischen Deutschland und der Schweiz; Anfrage von Kreisrat Müller-Fehrenbach/Sachstandsbericht</b></p> <p><b><u>Beschluss:</u></b> <b>Entfällt.</b></p> <p>Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis.</p> <p>Kreisrat <b>Müller-Fehrenbach</b> ist der Auffassung, dass die Grenze durchlässiger gemacht bzw. beseitigt werden muss. Dazu sollte der Kreistag Stellung beziehen und seinen Einfluss geltend machen. Die Freizügigkeit darf auf keinen Fall weiter eingeschränkt werden. Dafür sollte sich der Landrat gemeinsam mit den Kammern einsetzen, evtl. muss noch in 2013 eine entsprechende politische Initiative ergriffen werden.</p> <p>Der <b>Vorsitzende</b> sagt zu, die Kammern zu unterstützen, ggf. durch einen gemeinsam unterzeichneten Brief an die zuständigen Stellen in der Schweiz. Denkbar wäre es auch, die Thematik in der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) zur Sprache zu bringen, zumal dort auch der Kanton Zürich vertreten ist.</p> <p>Nachdem der <b>Vorsitzende</b> eine Frage von Kreisrat <b>Dr. Schmidt</b> bezüglich der Praxis der Taxibeförderung beantwortet hat, wiederholt er seine Zusage, die Kammern (ggf. auch durch einen gemeinsam verfassten Brief) in ihrem Ansinnen tatkräftig zu unterstützen.</p> <p>Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.</p>
<b>2.2</b>	<p><b>Herausgabe des IBT-Flyers zum Bodensee-Gästepass</b></p> <p><b><u>Beschluss</u></b> <b>Entfällt.</b></p> <p>Kreisrat <b>Jürgen Leipold</b> teilt mit, dass der Flyer nach seiner Kenntnis nicht mehr aufgelegt werden soll</p> <p>Der <b>Vorsitzende</b> verliest dazu folgende Mail:</p> <p><i>„Nachdem uns (Wirtschaftsförderung/Tourismus beim Landratsamt Konstanz) die IBT Anfang des Jahres 2013 mitteilte, dass der Flyer zum Bodensee-Gästepass nicht mehr aufgelegt würde, da dies nun Aufgabe der DBT bzw. der deutschen Landkreise sei, wurde die Neuauflage des Flyers in die Arbeitsgruppe Tourismus des Landkreises Konstanz als mögliches Projekt eingebracht. Einen Mehrwert hat man hier allerdings nicht gesehen, weil der Flyer von Gästen nicht stark nachgefragt wurde und der Nutzen des Gästepasses nur eingeschränkt vorhanden ist. In der Arbeitsgruppe Tourismus selbst wurde deshalb entschieden, sich prioritär um die grundsätzliche Weiterentwicklung des</i></p>

Gästepasses zu kümmern.

*Der Beschluss in der Arbeitsgruppe Tourismus lautete: Die Neuauflage des Bodensee-Gästepasses (bisläng durch die IBT GmbH) wird nicht gewünscht. Der Flyer wird selten nachgefragt, ist unübersichtlich und generiert für den Touristen in seiner jetzigen Form keinen Mehrwert.*

*Auch in Absprache mit den Landkreisen Bodenseekreis und Lindau wurde einheitlich von der deutschen Seite entschieden, diesen Flyer nicht wieder aufzulegen. Ein Angebot über 5.000 € zur Neuauflage des Flyers liegt von Seiten der IBT vor.*

*Die Touristen können sich weiterhin direkt bei ihren Tourist-Informationen vor Ort informieren, welche Leistungen über die jeweiligen Gästekarten abgedeckt sind. Eine Gesamtübersicht gibt es aber nicht mehr.*

*Die Einstellung des Flyers wurde deshalb nicht kommuniziert, weil die jeweiligen Tourismusorganisationen im Rahmen der Sitzung der Arbeitsgruppe Tourismus diese Entscheidung gefällt haben.“*

Kreisrat **Dr. Geiger** bestätigt die Richtigkeit dieser Information.

Kreisrat **Jürgen Leipold** hält den Flyer für unübersichtlich, dennoch gehört zu einem Angebot auch eine entsprechende Information. So kann man das nicht lassen. Kreisrat **Stolz** stimmt dem zu.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach** fordert eine Übergangslösung.

Kreisrat **Hans-Peter Lehmann** verweist auf die Möglichkeit, die Informationen im Internet bereitzustellen.

Kreisrat Jürgen Leipold gibt zu bedenken, dass gerade viele ältere Gäste technisch nicht so versiert und ausgestattet sind, sodass eine „Papierversion“ sein muss.

Der **Vorsitzende** sagt zu, diesen Wunsch weiterzugeben, aber nichts anzuordnen, das ist Sache der Touristiker. Mit der IBT und der DBT wird es Kooperationen geben, sofern dies sinnvoll ist. So z. B. bei einem möglichen Projekt „Kunstwege“ in Zusammenarbeit mit der Kunststiftung des Landkreises Konstanz.

## 2.3 Einführung einer Bodensee-Gästekarte

### Beschluss:

#### **Entfällt.**

Der **Vorsitzende** berichtet, dass in Friedrichshafen eine Besprechung stattgefunden hat. Ziel: Einführung einer bodenseeweit geltenden Gästekarte analog zur KONUS-Karte im Schwarzwald.

Denkbar wäre, damit auf deutscher Seite zu beginnen. Das ist zwar schwierig, aber im Schwarzwald hat das auch geklappt. Eine Gästekarte dieser Art gibt es bereits im VHB, zehn Gemeinden machen mit und die Erfahrungen sind durchweg positiv. Die Finanzierung erfolgt über eine geringfügige Anhebung der Kurtaxe und mit dem Mehrerlös werden die Verluste bei den Fahrgeldeinnahmen des VHB abgedeckt.

Ein Problem besteht darin, dass es im Landkreis Lindau – im Gegensatz zum Landkreis Konstanz und zum Bodenseekreis – noch keinen Tarifverbund gibt. Natürlich gibt es auch Ängste auf Seiten der Touristiker/den Gemeinden und den Verkehrsunternehmen, finanziell zu kurz zu kommen, aber dass es geht, zeigt das Beispiel Schwarzwald. Deshalb wird man versuchen, diese Karte auch hier einzuführen.

Kreisrat **Dr. Eickmeyer** teilt mit, dass es eine solche Karte in Konstanz schon seit 20 Jahre gibt und sich sehr bewährt hat.

Der **Vorsitzende** bestätigt dies – allerdings gilt diese Karte nur in der Stadt Konstanz und den Ortsteilen. Die VHB-Gästekarte, die in Allensbach erhältlich ist, gilt dagegen im gesamten Bereich des VHB.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

## 2.4 Wechsel bei den Schulleitungen des Berufsschulzentrums Radolfzell und der Mettnau-Schule Radolfzell

### Beschluss

Der **Vorsitzende** gibt bekannt.

#### 1) Berufsschulzentrum Radolfzell

Herr Oberstudiendirektor Günter **Reichle** wurde zum 01.02.2013 an die Constantin-Vanotti-Schule, Überlingen, versetzt. Die Schulleiterstelle wurde im März 2013 ausgeschrieben. Die Schule wird bis zur Wiederbesetzung von der stellvertretenden Schulleiterin, Frau Susanne **Fallier**, geleitet.

#### 2) Mettnau-Schule Radolfzell

Herr Oberstudiendirektor Gerhard **Happel** wird noch bis zum Schuljahresende die Mettnau-Schule Radolfzell leiten und anschließend in den Ruhestand treten. Die Schulleiterstelle wurde bereits im Januar 2013 ausgeschrieben. Derzeit läuft das Bewerbungsverfahren beim Regierungspräsidium Freiburg.

Sobald das Regierungspräsidium das jeweilige Bewerbungsverfahren abgeschlossen hat, erhalten wir eine Bewerberübersicht sowie eine Information über die Eignung der einzelnen Bewerber, da der Schulträger bei der Besetzung der Schulleiterstelle das Recht hat, einen Besetzungsvorschlag zu unterbreiten.

## 2.5 Klinikholding - Regelmäßiger Bericht im Kreistag/Neuordnung der Beteiligungsverwaltung

### Beschluss:

#### **Entfällt.**

Der **Vorsitzende** berichtet:

Der Kreistag hat im Oktober 2012 der Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für die Weiterentwicklung des Beteiligungsmanagements im Zuge der Bildung der Krankenhausholding zugestimmt. Die Stelle ist im Stellenplan 2013 in A 13 ausgewiesen.

Die Stelle wurde im Südkurier und im Staatsanzeiger ausgeschrieben. Die Ausschreibung ergab 14 Bewerbungen, von denen allerdings keine in vollem Umfang dem vom VFA und der Verwaltung vorgegebenen Stellenprofil entsprachen. Auch persönliche Ansprachen unter Einschaltung eines Personalberaters haben bisher noch nicht zum Erfolg geführt. Eine Bewerbung wurde am 21.2. zurückgezogen.

Die Einrichtung einer Stabsstelle für das Beteiligungsmanagement wird weiter verfolgt. Aber selbst bei einer zügigen Entscheidung über die Stellenbesetzung wird diese nicht mehr in der ersten Jahreshälfte erfolgen können. Das weitere Vorgehen ist wie folgt vorgesehen:

- Die Weiterentwicklung von der bisherigen **Beteiligungsverwaltung** zum „**Beteiligungsmanagement**“ wird mit den hauseigenen Ressourcen vorangetrieben. Schwerpunktmässig wird sich die Leiterin des Kämmereiamtes, Frau **Kruthoff** (*bei Bedarf unterstützt von Herrn **Beckert** und Herrn **Restle***) um die Organisation, den Aufbau und den Betrieb der notwendigen Strukturen, insbesondere die Abstimmung der Informationswege und die Bildung der notwendigen und vom Kreistag erwarteten Kennzahlen-Sets kümmern. Frau **Kruthoff** wird an den Sitzungen des Aufsichtsrates und an den Jour-fixe-Terminen Landrat/Geschäftsführer teilnehmen. Sie wird damit die Funktion der dem Landrat zugeordneten Stabsstelle übernehmen.
- Der vorübergehende zusätzliche Aufwand für Frau **Kruthoff** ist vertretbar, da das früher dem Kämmereiamt zugeordnete Referat „Technischer Hochbau“ im Vorjahr in

ein selbständiges Amt umgewandelt wurde und seither dem Dezernenten direkt unterstellt ist. Dadurch wurde die Leitung des Kämmereiamtes um umfangreiche Aufgaben (z. B. Neubau BSZ Radolfzell) entlastet.

- Hintergrund für die Anpassung des geplanten Vorgehens ist der zwischenzeitliche Start des Klinikverbundes, bei dem derzeit auch die Strukturen aufgebaut werden. Der Landkreis als Mehrheitsgesellschafter muss dafür Sorge tragen, dass parallel in der Verwaltung die notwendigen Strukturen und Ansprechpartner zur Verfügung stehen.
- Stichwort: Wir brauchen einen kompetenten Ansprechpartner (Sparringspartner) in der Verwaltung, aber keinen „Obergeschäftsführer“ für den Klinikverbund.
- Die Verwaltung steht in Verbindung mit den Beteiligungsverwaltungen der Städte Konstanz und Singen, die in dieser Hinsicht die Unterstützung durch den Mehrheitsgesellschafter Landkreis erwarten. Dem Klinikverbund kann nicht zugemutet werden, ständig 3 Beteiligungsverwaltungen zu ‚bedienen‘. Der Landkreis muss hier eine Führungsrolle übernehmen.
- Die Bemühungen um die Besetzung der Stabsstelle „Beteiligungsmanagement“ werden fortgesetzt. Sobald es gelungen ist, die Stabsstelle adäquat zu besetzen, werden die Aufgaben von der Kämmereiamtsleitung auf die Stabsstelle übergeleitet.

Der Kreistag wird am 18.03.2013 über diesen Sachverhalt unterrichtet, ein Sachstandsbericht von Frau **Kruthoff** unter dem TOP „Sonstiges“ in nicht öffentlicher Sitzung ist vorgesehen.

**Die Ausführungen des VORSITZENDEN werden zur Kenntnis genommen. Wortmeldungen erfolgen nicht.**

## 2.6 Projekt "LEADER 2014 - 2020"

### **Beschluss:**

#### **Entfällt.**

Der **Vorsitzende** berichtet über das Projekt. Ziele sind:

- Stärkung der Innovations- und Wirtschaftskraft im ländlichen Raum
- Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit
- Stärkung nachhaltiger Tourismus
- Förderung von innovativen Projekten (privat, gewerblich, kommunal)
- Anstoßen von Entwicklungsprozessen und Kooperationen
- Initiieren von Netzwerken.

Die grundsätzliche Zustimmung der Gemeinden an einer Teilnahme an der Interessensbekundung für LEADER liegt vor. Es ist deshalb vorgesehen, an diesem Projekt teilzunehmen. Die Behandlung in den Gremien erfolgt in der nächsten Sitzungsrunde (VFA am 06.05.2013, Kreistag am 13.05.2013).

Auf Nachfrage der Kreisräte **Dr. Geiger** und **Reckziegel** erläutert der **Vorsitzende** das Projekt. Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.